

# Merseburger Tageblatt

Bezugspreis in der Stadt für Abholer monatlich 3200 M., wöchentlich 800 M., durch Boten bezogen 3500, bei Postbezug 4000 M. (ohne Bestellgeld). Erscheint wöchentlich nachmittags. Einzelnummer 135 M., Sonntags 200 M. Alle Briefe freibleibend. Postfachnummer Leipzig Nr. 10 654. Geschäftsstelle: Döberstraße 4. Für unzeitige Zusendungen wird E. Gewähr geleistet. Erfüllungsort Merseburg.

(Kreisblatt)  
**Unparteiische**

Anzeigenpreis Der Spaltenbreite Millimeter beträgt 30 M. und der Spaltenhöhe Millimeter Reklameraum 300 M. Die laufende Monatsausgabe wird vom Bezahler auf kleine Anzeigen bei deren Aufgabe mit 200 M. in Zahlung genommen. Bittgebühren 100 M. bzw. besonders alle Briefe freibleibend. Anzeigen in 10 u. 12 Uhr vormittags 10 Uhr. Legnummer wird besonders berechnet. Fernsprecher Nr. 100.

## Zeitung für Stadt und Kreis Merseburg

(Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger)

Herausgeber Ludwig Balf

mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Nr. 95.

Dienstag, den 24. April 1923.

163. Jahrgang.

### Positives Vorgehen der Reichsregierung.

#### Eine Kollektivnote an die Vertragsunterzeichner?

In politischen Kreisen wird die Note des englischen Außenministers selbstverständlich lebhaft erörtert. In der Berliner Weltmeisterfrage finden dauernd Besprechungen statt, in denen man sich mit dieser Note beschäftigt. Eine Kollektivnote ist jedoch vorläufig noch nicht anberaumt worden. Wie wir hören, ist die Regierung gewillt zu einem positiven Vorgehen. Es ist damit zu rechnen, daß, wenn nicht heute, so morgen eine Entscheidung darüber getroffen wird, wie das geschehen soll. Dafür kommen, rein äußerlich, vorläufig drei Wege in Frage:

1. Eine Erwidrerung des Reichsanzers Dr. Cuno oder des Reichsaußenministers Dr. Rosenbergs vor dem Plenum des Reichstages.
  2. Eine amtliche Verlautbarung durch D.F.W.
  3. Eine Kollektivnote an alle Signatarmächte des Versailler Vertrages, in der ein fest umrissener Vorschlag enthalten wäre. In dieser Note würde das wichtigste Interesse der deutschen Regierung betanzt werden, über die Reparationsfrage zu verhandeln. Außerdem würde man auf die Erfüllung des Boincares in seiner letzten Note eingehen, in der er über Sicherungen und Reparationen sprach. Die deutsche Regierung würde sich noch einmal ausdrücklich weiterfassen, Reparationen zu leisten und Sicherheiten zu geben, wie das bereits des öfteren geschehen ist.
- In politischen Kreisen meint man der Ansicht zu, daß die Regierung sich entschließen werde, den dritten Weg zu gehen, da er mehr Erfolg versprechen dürfte als die beiden anderen.

Am Sonnabend sprachen die Führer der Spitzenorganisationen beim Reichsanwalt und beim Reichsaussenminister über, um mit ihnen die innen- und außenpolitische Lage zu erörtern. Wie man erfahren konnte, haben die Generalkonferenzen übereinstimmend der Auffassung Ausdruck gegeben, daß der positive Widerstand an der Ruhr bis zu einem erfolgreichen Abschluß des gegenwärtigen Konflikts fortgesetzt werden muß. Gleichzeitig wurde der Wunsch geäußert, daß die Regierung alles tun möge, um Deutschland den Preis der Abwehr der Entzug des Ruhrgebietes von französischen und belgischen Truppen, näherzubringen. Einer ergänzenden Mitteilung des sozialdemokratischen Parlamentsbüros zufolge, haben die Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände dem Reichsanwalt und dem Außenminister Kenntnis von dem Ergebnis ihrer letzten Bundesausführungsstelle, die im Verlaufe der vergangenen Woche in Berlin stattgefunden haben und die mit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion der Meinung waren, daß der Augenblick gekommen sei, in dem die Regierung ein positives Angebot an die Entente-mächte machen müsse.

#### Ein ernstes Mahnwort des Reichsbankpräsidenten.

Die Reichsbank hat, wie wir gestern mitteilten, mit Wirkung ab gestern den Wechselkurs von 2000 auf 2000 M. zu setzen und den Kommanditistensatz von 2000 auf 2000 M. zu setzen. Der Reichsbankpräsident Dr. Kaasch hat in der gestrigen Sitzung des Zentralrates ein eingehendes Begründung für die Diskontenhöhung, der wir u. a. folgendes entnehmen:

Wir haben durch drei Monate von einer weiteren Erhöhung des Diskonts abgesehen, obgleich die Gestaltung der Geldmarkte und die weiter zunehmende Verarmung und Kapitalnot eine solche ein sich schon längst gerechtfertigt hätten. Wir halten aber nunmehr den Zeitpunkt für gekommen, diese Zurückhaltung aufzugeben, indem zugleich für geordnet, die Erhöhung in einem Ausmaß vorzunehmen, die Markt über die bisherigen Bedingungen hinausgeht. Der Kampf kann noch lange dauern und wir müssen uns darauf einrichten, ihn noch lange und mit Erfolg zu führen. Und hier, meine Herren, ein ernstes Mahnwort: Die großen Mittel, die Reich und Reichsbank hierher in Anwendung gebracht haben, dessen Zweck allen beteiligten Wirtschaftskreisen so ernst und eindringlich zur Kenntnis gebracht wird, die Aufhebung der Geldnotanweisungen hat die Erwartungen, die daran gesetzt werden konnten, nicht enttäuscht. Wir haben aber auch mit stiefen Bedauern und mit ernstester Beforgnis wahrnehmen müssen, daß nicht nur jene Tageszirkulation ihren eigenen Vordringlichkeit, sondern auch, daß in dieser Zeit des schwersten Ringens Deutschlands, aus ernstem Interesse unserer Wirtschaft das Recht zu haben glauben, sich nicht nur auf den Zweiten Weltkrieg einer neuen Zukunft, sondern auch weiterhin auf dem Markt oder auf Revision, die sie abgeben hatten, mit

großen Beträgen einzuweisen. Wir hoffen, daß das in der letzten Woche erfolgte Emporkommen des Dollars und die in der Sitzungssession von der Reichsbank vorgenommene Veränderung der Zinssatz als ein erster und lauter Mahnruf empfunden werden und als sehr ernste Warnung aufgenommen wird. Aber wir halten es für geboten, ihm auch auf dem Gebiete der engen Reichsbankpolitik durch eine harte Erhöhung des Diskonts die schärfste Hoffnung, die wir aussprechen und das größte Warnungssignal, das wir ausrufen können, unmittelbar folgen zu lassen.

#### Lodesfahrten unter französischer Regie.

Am 24. April. Am 20. April gegen 9 Uhr abends ist der D.-Zug Offen-Berlin aus einem vor dem Bahnhof Dören haltenden Haltepunkt, welcher kein Signal führte, aufgefahren. Es sollen mehrere Wagen zertrümmert und eine Anzahl Personen getötet worden sein. Der Bahnhof wurde sofort abgesperrt und die Unfallstelle in großen Umkreise abgeperrt. Am 21. April ließ ein aus der Richtung Dören kommender D.-Zug bei der Einfahrt in den Bahnhof Esslingen auf einen Leertzug. Die Trümmer sind erheblich. Angeblich sind vier Tote zu verzeichnen.

### Rhein und Ruhr sind die Angelpunkte deutschen Chirkials.

Denkt daran und gebt zum Deutschen Volksoffer!

#### Die Verhandlung gegen die Krupp-Direktoren.

Offen, 24. April. Die Verhandlung gegen die Krupp-Direktoren wird nicht in dieser Woche, sondern vermutlich erst am Mittwoch nächster Woche, also am 2. Mai stattfinden. Zur Vorbereitung der angeklagten Direktoren der Krupp-Werke, Harnig, Hoelrich und Grünig sind auch neutrale Reichsgelehrte mit herangezogen worden. Hauptverteidiger ist der Herr Rechtsanwalt Walter Morian, gleichzeitig Professor des Völkerrechts an der Universität. Neben ihm werden Dr. Grim-Essen und Dr. Wolff-Berlin, die Völkerrechtsspezialisten sind und in Lebensmittelsvertragsprozessen die Verteidigung hatten, wirken, sowie der Justizrat der Freie Krupp Aktien-Gesellschaft Justizrat Baudel. Die Verteidigung legt Wert darauf, daß alle Betriebsratsmitglieder ohne Unterschied der politischen Schattierung als Zeugen benommen werden, jedoch auch die Kommunisten vor die Schranken treten werden. Es soll damit der Beweis erbracht werden, daß die von der Direktion am Karlsruher Tag getroffenen Maßnahmen von der gesamten Arbeiterchaft gebilligt wurden. Die Anklage ist der Verteidigung bisher noch nicht zur Kenntnis gebracht worden. Es wurde ihr aber mitgeteilt, daß ihr vier Tage vor dem Verhandlungstermin Einsicht in die Anklage gewährt werden wird.

#### Eine neue Zwangsverordnung der Rheinlandkommission.

Düsseldorf, 23. April. Die Rheinlandkommission hat neuerdings eine Verordnung erlassen, die den Verkehr von Passagierzügen abhängig macht von der Entscheidung eines Erlaubnisverfahrens, der von der französischen Behörde erteilt werden muß. Die Rheinlandkommission hat erteilt, wenn der Transport nicht auf den Eisenbahnen angenommen worden ist. Diese Verordnung bedeutet den Verlust, die Bevölkerung des besetzten Gebietes dazu zu zwingen, die militärischen Eisenbahnfahrzeuge zu benutzen. Da die Reichsregierung bekanntlich zum Schutze der deutschen Finanzen und Währung vom 16. März festlichen Verkehr mit Zielen der französischen und belgischen Besatzungsbehörden verboten hat, kann kein Zweifel darüber bestehen, daß auch die Beachtung dieser Verordnung den deutschen Besatzern überdrüssig, und deshalb kein Verbot von Straßenzügen eine derartige Erlaubnis beantragen darf.

#### Regierungstreue Finanzbeamte.

Kaden, 23. April. Vom belgischen Kriegsgericht wurden wegen ihrer Treue zur Reichsregierung verurteilt zwei Polizeibeamte zu einem Monat Gefängnis und 250 000 Mark Geldstrafe, ein weiterer Monat Gefängnis, zwei Polizeibeamte zu je vier Monaten Gefängnis und einer Million Mark Geldstrafe, evtl. weiteren vier Monaten Gefängnis, ein Polizeibeamter zu zwei Monaten Gefängnis

### Quartalsbilanz.

Das Hauptkennzeichen der Bilanz auf französischer Seite ist die Vermeidung der bisherigen Stillposten in Postkonten. Frankreich erweist bis zur Ruhrbesetzung laufend sehr reichliche Summen von Deutschland; jetzt sind nicht nur diese Beträge in Wegfall gekommen, sondern Frankreich hat auch darüber hinaus beträchtliche Summen für die Unterhaltung seines Heeres aufzuwenden gehabt. Trotz deren Höhe werden Frankreichs indirekte Kosten wohl noch höher sein. Zu diesen zählt vornehmlich die fast völlige Stilllegung der Dütenwerke im östlichen Frankreich. Zwar sollen von insgesamt 116 Hochöfen nur 40 außer Betrieb gesetzt worden sein die überlebende Mehrzahl der „noch im Betrieb befindlichen“ Oefen kann aber nur gedämpft arbeiten, d. h. sie produzieren überhaupt nichts mehr; die wenigen noch tatsächlich produktiv schaffenden Hochöfen die Zufuhr von englischen Koks wird jetzt aber eingestellt — arbeiten zu teuer, als daß ihr Eisen noch konkurrenzfähig wäre. Nach einigen französischen Angaben beträgt die österreichische Eisenproduktion zur Zeit höchstens 15 bis 20 Prozent der Vorkriegserzeugung. Diese Ausfälle treffen in immer stärkerem Maße die weiterverarbeitende Industrie, die außer dem noch durch das Ausbleiben der Ruhrkohle und durch den nun schon mehrere Monate dauernden Streit in Ostpreußen und im Saargebiet in Mitleidenschaft gezogen wird. Dazu kommt noch die Zerrüttung des französischen Eisenbahnwesens, die daher rührt, daß Frankreich ungefähr 10 000 Eisenbahnen und zahlreiches Material in die besetzten Gebiete schicken mußte. Die französischen Eisenbahnen sind zur Zeit nicht mehr in der Lage, die geringe Förderung des eigenen französischen Werte abzuführen; teilweise soll nach französischen Angaben die tägliche Wagenstellung nur noch 15 Prozent der Anforderungen betragen. Die Folge aller dieser Momente ist eine scharfe Steigerung der Preise für fast alle Lebensmittel und gewerblichen Erzeugnisse. Schon für Februar beträgt die Teuerung gegenüber dem Jahresdurchschnitt von 1922 rund 30 Prozent; dabei ist die Teuerungswelle im Februar erst entstanden; die Folgen sind bereits verhängende Strafen. Den hauptsächlichsten aktiven Posten in der französischen Rechnung bildet die Zuführung auf den besetzten Gebiet nach anderen Schätzen und Stoffen. Die Franzosen sind wohl imstande, die auf den besetzten liegenden und bereits geförderten Bestände aufzuladen; die auf diese Weise erfassten Mengen belaufen sich auf höchstens 7 bis 8 Prozent der früheren deutschen Leistungen. Nicht vermogen aber die Franzosen die aufgeladenen Stoffe abzutransportieren. Die Bahnwege sind entweder verstoßen, oder es treten durch Unglücksfälle mangelnde Leistungen ein, die den Wtransport unmöglich machen. Reichlich sieht es mit dem Holztransport aus. Es liegen z. B. die 10 Städte, die mit rund 13 000 Tonnen Kohlen zwischen dem 28. März und dem neuesten Verträge des Kanals abgeschleppt wurden, noch fast sämtlich im Duisburg-Ruhrorter Hafen. Wie nach Verladung der Lagermengen an Koble und Koks, die insgesamt nicht einmal die Höhe einer durchschnittlichen Monatslieferung an Reparationsstoffen erreichen, die Franzosen zur eigentlichen Gewinnung von Brennstoffen übergehen sollen, ist ihnen wahrscheinlich selbst nicht klar.

Die Lage Deutschlands hat sich seit der Ruhrbesetzung natürlich nicht gebessert. Sehr bedenklich ist jedoch, daß auch ohne die Ruhraktion Deutschland wie das österreichische Beispiel zeigt — bald in eine wirtschaftliche Krise hineingeraten wäre. Die Verschlechterung der Lage Deutschlands ist also wohl durch die Ruhrbesetzung ausgelöst bzw. beschleunigt worden, nicht aber durch sie entstanden. Der Unterschied zwischen Deutschland und Frankreich ist der, daß Deutschland nichts mehr zu verlieren, im Gegenteil alles zu gewinnen hat, während Frankreich mit der Ruhrbesetzung seinen letzten Trümmerhaufen ausgebeutet, und infolgedessen sehr viel zu verlieren hat. Diese Erkenntnis legt sich in Frankreich immer mehr durch, die letzte recht sicher klingende Rede Boincares, soll darüber nur hinwegtäuschen. Vollezeit wird dieser Prozeß dann sein, wenn Frankreich einsehen haben wird, daß es auf dem Wege des Zwanges, der Frankreich ruinieren muß, auf einen geringfügigen Bruchteil von dem erhält, was es rechtmäßig von uns bekommen könnte.

und 500 000 Mark Geldstrafe, evtl. weiteren zwei Monaten Gefängnis, ein Polizeibeamter zu sechs Monaten Gefängnis und zwei Millionen Mark Geldstrafe, evtl. weiteren 8 Monaten Gefängnis.

#### Herbörte Französischer neue Zeitschen.

Offen, 23. April. In Unterbesatz hat die Frau Barbara und ihre Tochter ein Bordell für Franzosen schloßer und weißer Hautfarbe aufgemacht. Als ein Lehrer, der in dem gleichen Hause wohnt, der Tochter auf der





# Die Falkner auf Lindenhöhe.

Roman von Reinhold Ertmann.

(83) (Nachdruck verboten.)  
 „Ich besaure darüber keine Mitteilung machen zu können. Mein Auftrag befristet sich auf die Feststellung dessen, was Sie über den Tod der Frau Falkner und seine Begleitumstände wissen. Angenommen, die Sektion hätte das Vorhandensein eines tödlichen Giftes im Körper der Verstorbenen ergeben, wie würden Sie sich das erklären?“

„Es würde mir an jeder Erklärung fehlen. Ich sagte Ihnen bereits, daß ich Frau Falkner schon mehrere Tage vor ihrem Hinscheiden nicht mehr gesehen und gesprochen habe. Von dem, was im Falknerhause vorgegangen sein mag, habe ich nicht die geringste Kenntnis.“

„Ständen Sie nicht in sehr vertrauten Beziehungen zu der Familie?“

„Nein. Ich war seit kurzem der Arzt des Herrn Falkner, und zeitweilig auch der seiner Schwiegertochter. Das war alles.“

„Inwiefern müssen Sie an den Bewohnern des Hauses Interesse gehabt haben, um sich Gedanken über den rätselhaften Todesfall zu machen.“

„Gewiß. Aber ich fühle mich nicht verpflichtet, diesen Gedanken Ausdruck zu geben.“

„Wollten Sie sich auch dafür auf das Berufseinkommen beziehen?“

„Nein, ich beruhe mich einfach auf das Recht jedes Menschen, seine Gedanken für sich zu behalten.“

„Auch wenn Sie durch Ihre Aussprache dem Recht und der Gerechtigkeit einen Dienst erweisen könnten? Ich will offen erklären, daß es sich nicht mehr um die Entscheidung der Frage handelt, ob der Tod der jungen Frau ein natürlicher oder ein gewaltsamer war, sondern nur noch um die Feststellung, ob ein Verbrechen, ein Selbstmord oder auch nur vielleicht eine verhängnisvolle Verwundung von Gift und Arznei vorliegt. Es wäre unter diesen Umständen möglich, weise schon von großem Wert, wenn Sie uns aus Ihrer Kenntnis der Verstorbenen Anhaltspunkte für die Annahme eines Selbstmordes zu liefern vermöchten. Sie haben sich ja, wenn ich recht berichtet bin, gegen den Gatten der Verstorbenen im Sinne einer solchen Vermutung geäußert.“

„Ich habe auf die Möglichkeit hingedeutet — weiter nichts.“  
 „Obwohl Sie damals noch an einen natürlichen Tod glaubten?“

„Der Herr Falkner sprach so überzeugt von einem an seiner Frau begangenen Verbrechen, daß ich es für zweifelhaft hielt, auch auf jene andere Erklärung aufmerksam zu machen.“

„Der Frau Falkner Ihnen gegenüber jemals Selbstmordgedanken geäußert?“

„Nein. Im Ihnen jedoch die Mühe weiterer Fragen zu erlauben, füge ich folgendes hinzu, daß ich über alles, was ich in meiner Eigenschaft als Arzt von Frau Falkner gehört habe, die Auskunft verweigere.“

„Nun, Sie könnten ja auch durch eigene Beobachtung diese oder jene Wahrnehmung gemacht haben. Könnten sich zum Beispiel ein Urteil darüber gebildet haben, ob das Zusammenleben des jungen Ehepaares ein glückliches oder ein unglückliches zu nennen war.“

„Man hat mir keine Gelegenheit zu derartigen eigenen Beobachtungen gegeben.“

„Sie erklären also, nichts darüber zu wissen?“

„Ich erkläre, daß ich mich dazu nicht äußern werde.“

„Und Sie haben mir auch sonst nichts — gar nichts mitzuteilen, Herr Doktor?“

„Nein, gar nichts! Viel eher erwarte ich von Ihnen eine Erklärung darüber, ob ein Verdacht gegen mich vorliegt — und welcher.“

Er hatte einen energischen Ton angeschlagen; aber der Beamte blieb unverändert gleichmütig.

„Darauf zu antworten, würde die Grenzen meiner Befugnisse überschreiten. Ich hatte lediglich den Auftrag Sie zu befragen. Und wenn Sie mir, wie Sie sagen, weitere Mitteilungen nicht zu machen haben, ist mein Auftrag erledigt.“

Als er gegangen war, trat Oswald Germering an das Fenster und blickte auf die Straße hinaus. Es mußte ihm auffallen, daß er den Kommissar nicht aus dem Hause treten sah. Aber seine Gedanken verweilten nicht lange bei diesem befremdlichen Umstand. Denn er war viel tiefer erregt, als er es dem Besucher gezeigt hatte. Erregt und zornig, nicht auf den, der ihn pflichtgemäß wie einen Missetäter ausgefragt hatte, sondern zornig auf sich selbst. Denn er hätte die Unwahrhaftigkeit, und er empfand es als eine schwere Demütigung, daß es hier keinen anderen Ausweg für ihn geben sollte als den der nackten, bewußten Lüge.

Der Kommissar Kriminalpolizei hatte in der Tat das Doktorhaus nicht verlassen, sondern war durch den hinteren Eingang in den Ladenraum der Apotheke getreten, in dem, wie vorhin bei seinem ersten Besuch, nur der fahnenblonde Gehilfe hinter dem Verkaufstische stand.

„Herr Brandt! Inwiefern sind Sie zurückgekehrt?“ fragte der Kommissar, und er erhielt eine bejahende Antwort.

„Herr Brandt! Ich bin der Kriminalkommissar Helland aus Neuhäut. Hier ist meine Legitimation.“

Der Apotheker warf einen flüchtigen Blick auf die Karte und nickte.

„Guten Tag, Herr Brandt! Ich bin der Kriminalkommissar Helland aus Neuhäut. Hier ist meine Legitimation.“

„Sehr angenehm. Ich sehe, daß ich schon längst einen Herrn von der Polizei erwartet hatte. Sie sehen mich ganz zu Ihren Diensten.“

„Sie haben beim Tiefenbrunner Amtsgericht Anzeige erstattet, daß der in diesem Hause wohnhafte praktische Arzt Dr. Germering am Abend des 15. Juni hier in Ihrer Apotheke während Ihrer Abwesenheit und ohne von Ihnen dazu ermächtigt zu sein, eine Arznei oder irgend ein anderes Präparat hergestellt habe. Sie haben das vom Bezirksamte aus durch das Fenster beobachtet und haben festgestellt, daß Dr. Germering sich auch an Ihrem Offizianten zu schaffen machte, dessen Schlüssel Sie hatten stecken lassen. Sie hatten diese Befundung aufrecht?“

„Selbstverständlich. In ihrem vollen Umfange.“

„Ueber den Stoff aber, den er dem Offizianten entnommen hat, können Sie eine Angabe nicht machen?“

„Nein. Der Ausblick wurde mir durch die offenstehende Schranke versperrt.“

„Auch nachträglich haben Sie nicht ermitteln können, von wemher der im Schranke aufbewahrten Gifte etwas fehlte?“

„Nein. Der Ausblick wurde mir durch die offenstehende Schranke versperrt.“

„Auch nachträglich haben Sie nicht ermitteln können, von wemher der im Schranke aufbewahrten Gifte etwas fehlte?“

(Fortsetzung folgt.)

Mein geliebter, treuer Mann, unser guter sorgsamer Vater, Bruder, Schwager, Onkel, der

# Kaufmann und Stadtrat Karl Zänzer

ist nach kurzem, schwerem Leiden aus seinem schaffensfrohen Dasein im 53. Lebensjahre in die Ewigkeit abgerufen.

In tiefstem Schmerz im Namen aller Hinterbliebenen

## Margarete Zänzer geb. Henckel und Kinder.

Trauerfeier Freitag Nachmittag 3 Uhr in der Kapelle des Stadtriedhofes.

Im Handelsregister ist Nr. 31 Engelhardt-Brauerei, Aktiengesellschaft in Berlin, Abteilung Stadtrabenei Merseburg, eingetragen: Herr Anton Knapp in Merseburg ist für die Vermögensverwaltung der Brauerei Prokura erteilt. Er ist ermächtigt, die Firma Engelhardt-Brauerei, Aktiengesellschaft, Abteilung Stadtrabenei Merseburg, in dem Einkünfte mit einem Vorstandsmitgliede oder mit einem Prokuristen zu vertreten.

Amtsgericht Merseburg, 11. 4. 23.

In der Handelsregister A Nr. 416 ist heute bei der Firma Sand & Öffing, Merseburg, eingetragen worden: Die Firma ist erloschen. Die Prokura des Paul Stern ist erloschen. Die Vermögensverwaltung in Obhaußen-Petri ist aufgehoben.

Amtsgericht Merseburg, 18. April 1923.

**Warnung!**  
 Ich warne hierdurch Jedermann, meiner Frau **Eise Michael** geb. **Mittel**, wohnhaft Breitenfelderstraße 68, auf meinen Namen etwas auszugeben, da ich ihr nichts ankomme.

**Angust Michael**, Altdöberran.

**Metallbetten**  
 Stahlmatr., Kinderbett, dr. an Private, Katal. 59 C frei.  
 Eisenmöbel für Schlaf (12.)

### Beschluß!

In der Umlegungsfrage von Kauern (Kreis Merseburg) hat die Spruchkommission des Landes-Tribunales zu Merseburg in ihrer Sitzung vom 27. März 1923, an der teilgenommen haben

1. Staatsanwaltschafts-Direktor Geheimrat Reg.-Rat Weidner als Vorsitzender,
2. Landrat a. D. von Bismark,
3. Amtsverwalter Wissem,
4. Ortsbürgermeister Arnhat,
5. Mitbesitzer der Schatz,
6. Ortsbürger Schütz,
7. Landwirt Schmitz

— zu 2 bis 7 als gewählte Mitglieder — den folgenden Beschluß erlassen:

Die Umlegung der ganzen Gemarkung Kauern mit Ausschluß der Ortsslage sowie mit Ausschluß der bereits früher umgelegten Parzellen wird für zulässig erklärt.

Der Umlegungsbezirk wird dahin festgesetzt, daß er unter Ausschluß der vorbeschriebenen Gemarkungsteile die ganze übrige Gemarkung Kauern mit einer Gesamtfläche von 184,1679 ha und einem Gesamt-Grundbesitzwert von 2452,7 Katern umfaßt.

Wegen dieses Beschlusses sind die Beteiligten innerhalb 4 Wochen nach dem Tage, an dem das letzte ihn enthaltende Kreisblatt erschienen ist, die Veräußerer an das Oberlandes-Tribunal in Berlin zu, die bei der Spruchkommission des Landes-Tribunales in Merseburg auszubringen ist.

ges. Weidner, v. Bismark, Wissem.

**Schatwolle**  
 Ich bin nach wie vor Käufer von Schatwolle in zahlreicher Menge dafür. Auf Wunsch Fauch gegen beide Garne, Wolllwaren usw. Infolge Geschäftsverteilung kann ich nicht mehr nach dort kommen, ersuche dafür aber das Fahrgeld.

**Pohl, Wollhandlung, Leipzig**  
 Leipziger Str. 151/6. — Auf Wunsch Abholung.

In gutem Hause sucht ruhiger älterer Herr **mobliertes Zimmer.**  
 Best. Offerten unter C. F. an die Geschäftsstelle ds. Blattes.

Nach Eingang früherer Transporte empfehle vom 25. d. Mts. ab:



belgische und dänische **Arbeitspferde**  
 Oldenburger Wagen- und Aker-Pferde, vorwiegend hochtragende Stuten in hervorragenden Qualitäten.



**Rühe und Färjen**  
 hochtragend und reichmilchgebend nur in allererhöhten Qualitäten mit besten Milchleistungsnachweisen.



**Hauslämmer**  
 — Einzelverkauf —

**Louis Nürnberger, Merseburg.**  
 Hallesche Str. 10/12 — Vieh-Import — Telefon 28

**Erhöhte Einkaufspreise**  
 für Gold-, Silber-, Platin-Gesch.  
 Zahngebisse u. Gegenstände, Dubie v. Heeringen, Oelgrube

**Ausgebrannte Glühlampen**  
 nicht neuwertigen, sondern erneuern lassen.  
 Leuchtstoff- und Brenndauer wie neu. Interessenten i. Annahmestellen gel.  
 H. Krug, Dessau-Anh., Böllersa. 53

**Einfamilien-Haus**  
 Nordstrasse 3 zu verkaufen.

Jüngere **Rontoristin**  
 zum sofortigen Antritt gesucht.  
 Bemerkungen unter Nr. 279/24 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

**Telegraphenamt Stadtheater Straße**  
 ca. 25 cm hoch, 10 m hoch, Mittwoch, abends 7.30 Uhr, prämiert zu verkaufen.  
 Dar **Süßerstraße 4. Sonnenstürmer.**



# Beilage zu Nr. 95 des Merseburger Tageblattes

Dienstag, den 24. April 1923

## Arbeitslosendebatte in der Stadtverordnetenversammlung.

### Der Bau des Elster-Saale-Kanals. — Umwandlung der städtischen Werke beschloffen.

Gelinder Kravall im Stadtparlament. Oberdieser: nur gelinder Kravall. Denn vor der Sitzung raunte man sich mit bedeutsamen Augenwinkeln zu: „Das wird eine bewegte Sitzung“. Damit man andeuten wollte, daß die Möglichkeit eines strachen bedenklich nahe lag und man darauf auf jeden Fall gefaßt sein sollte. Aber der große Krach trat nicht ein. Er verfiel in den Reihen der Tribünenbesucher. Obwohl Herr Koenen manche gewaltige Anläufe nahm, obwohl der Herr Oberbürgermeister, der sich einer gewissen dialektischen Schärfe rühmen darf, ein Wort etwas unbedacht und schnell hinwarf, blieb es doch nur bei dem gelinden Kravall. Ja, man hatte mehr erwartet, war also etwas enttäuscht. Außer der Arbeitslosendebatte, die oben genannten Kravall heraufbeschwor, wurden die anderen Punkte der Tagesordnung schnell erledigt. Es nahm Rander, daß es bei der Umgestaltung der städtischen Werke zu keiner größeren Aussprache kam. Vielleicht war die Magistratsvorlage allzu bewußt und — gefaßt abgefaßt, daß man sich darüber klar war, durch eine Aussprache nur Verlegenheit und Unheil zu stiften. Also schweig man.

Der Stadtverordneter vorseher ist bekannt, daß Stadtrat Kiehm Merseburg verlassen wird. Er spricht ihm den Dank der Versammlung aus für die geleistete Arbeit und knüpft daran einige Wünsche für die Zukunft. Stadtrat Kiehm erwidert dankend. Nur mit schwerem Herzen verläßt er Merseburg.

Es erfolgt die Wahl der Mitglieder für den Reichseinkommensteuerauschuß und für den Gemeindeförderungsausschuß. Ferner die Wahl eines Ausschusses nach § 2 des Gesetzes über den Verkehr mit Grundstücken. Der Rechnung der Fürsorgestelle für Jungenträfte für 1916 wird, nachdem Stadtrat Cigarbi dafür eingetreten ist, die Entlastung erteilt. Stadtrat Danneberg spricht über die Ueberführung des für den Stadt- und Landkreis Merseburg bestehenden Arbeitsnachweises in einen öffentlichen Arbeitsnachweis. Es handelt sich nur um rein formellen Akt. Wegen der Verklammerung des Bezirks des Arbeitsnachweises lassen sich keine Einwendungen geltend machen. Ohne Aussprache stimmt die Versammlung zu.

**Vergleich mit der Heberlandzentrale Saalkreis-Bitterfeld.** Stadtrat Bothe: Die Heberlandzentrale Saalkreis-Bitterfeld fühlt sich durch das Abspannwerk können beeinträchtigt und fordert von ihren Großabnehmern einen 10 prozentigen Zuschlag zu dem Beitrag. Es sind nun langwierige Verhandlungen darüber im Gange. Wenn die Angelegenheit vor ein Schiedsgericht kommt, so wird es aller Wahrscheinlich-

keit nach diese geforderten 10 Prozent billigen. Redner tritt für die Magistratsvorlage ein, die beantragten 10 Prozent zu zahlen.

Einige Befürchtungen des Redners gestreut Bürgermeister Dr. Hofe nach. Der Abbau des Strompreises war bisher nicht möglich, da sich die neuen Kohlenpreise erst jetzt auswirken werden.

Die Versammlung stimmt der Vorlage zu.

**Umgestaltung der Verwaltung der städtischen Werke.**

In längerer Rede trägt Stadtrat Mahlo diesen bedeutungsvollen Punkt vor. Er freit alle Gründe, die eine Ueberführung der Werke in ein rein kaufmännisches Unternehmen nötig machen. Schon lange war der Wunsch regte, die Werke in ihrer Verwaltung selbständiger zu stellen und in den letzten Jahren hat er sich hier wie auch in anderen Städten erfüllt.

Debatte über die Vorlage angenommen.

Bei dem Punkt: **Heranziehung der Arbeitgeber zum Kleinwohnungsbau** handelt es sich, wie Dr. Weisbach mitteilt, nur um einen grundsätzlichen Beschluß, um bei günstiger Gelegenheit schnell handeln zu können.

Zwei Sätze aus der Begründung der Magistratsvorlage seien noch einmal hierbeigelegt: Zur Befähigung der bereits vorhandenen offenen und bedeckten Grundstücke muß der Bau des Elster-Saale-Kanals als Notstandsarbeit unbedingt in Angriff genommen werden. In einer Zeit, in der Reich und Staat, von den Gemeinden ganz zu schweigen, in schwerer Geldknappheit sich befinden, darf durchaus nichts von ihnen ausgehen werden, wofür nicht Werte geschaffen werden, d. h. an Stelle der Erwerbslosenunterstützung muß Arbeitsgelegenheit geschaffen werden, die Dauerwerte hervorbringt.

Stadtrat Dr. Heilmann: Bei der Verteilung der Kosten für den Kanalbau war früher bestimmt worden, daß Sachsen 11,1 Prozent zu tragen habe. Den Rest der Gesamtkosten habe Leipzig mit 45 Millionen Mark zu übernehmen. Diese Summe zu zahlen habe Leipzig abgelehnt. Das dürfe nun aber nicht hindern, daß Merseburg mit dem Bau nicht beginne.

Der Stadtverordneter vorseher verliest ein Schreiben des Erwerbslosen-Ausschusses, worin deren Forderungen noch einmal formuliert sind.

**Oberbürgermeister Burgog:** Auf einer Vespredung in Leipzig, die von Merseburg ausging, sind sämtliche Fragen des Kanalbaus durchgesprochen worden. Der ganze Kanal ist als ein einheitliches Unternehmen gedacht. Das Reich soll 2/3 der Kosten tragen, das letzte Drittel entfällt auf die beteiligten Länder Preußen und Sachsen. Leipzig hat nun in den Verhandlungen, die bereits über ein Jahr alt sind, erklärt, daß es keine Verpflichtung nicht übernehmen könne, da

es unmöglich tragbar sei. Der Vertrag würde für Leipzig 45 Millionen Papiermark ausmachen. Da der Staat Sachsen verstoßt hat, seinen Beitrag auf die Stadt Leipzig abzuwälzen, war es außerordentlich schwierig, weiterzukommen. Der Magistrat ist nun auf einen Vorschlag des Dresdener Ministeriums, ein Antrag auf Arbeitslosendebatte zu stellen, eingegangen. Im Interesse des Kanals und der Arbeitslosen will Leipzig ein Wechselsopfer. Darauf ist Leipzig aus seiner Passivität herausgetreten, und es ist ein Weg gefunden worden, um den Bau in Angriff nehmen zu können. Schwierig sind auch die Verhältnisse in Preußen. Magdeburg freit danach, daß zuerst Arbeiten begonnen werden an der Strecke Braunschweig-Magdeburg. Das ist aber eine zu lange Strecke. Es ist unmöglich, dafür das Geld aufzubringen. Doch ist es wohl möglich, den Kanal von Leipzig zur Saale zu bauen. Die Strecke würde gleichzeitig wirtschaftlich nutzbar werden.

Für den Süden der Provinz Sachsen wird vom Wohlfahrtsministerium eine harte Arbeitslosigkeit nicht anerkannt. Anders liegen die Verhältnisse beim Reichsministerium, weil es weiß, daß das Stück Leipzig-Merseburg wirtschaftlich notwendig ist. Die Hauptschwierigkeiten liegen in Berlin und Dresden. Es muß aber nun mit allem Druck dahin gearbeitet werden, daß mit dem Bau begonnen werden kann.

Es ist auch an die Weiterführung des **Wohnbaus nach Jäthen** gedacht worden. Das Reichsministerium verhält sich hierzu überred, aber nicht ablehnend. Nur im Falle bringender Not sei der Bau in Angriff zu nehmen.

Stadtrat Mahlo befrachtet, daß aus dem Kanalprojekt nichts werden wird. Man solle innerhalb der Stadt Notstandsarbeiten ausführen lassen.

Dieser Meinung ist auch Stadtrat Koenen. Er fordert auf, mit den Erwerbslosen in Räßlung zu bleiben. Oberbürgermeister Burgog erklärt, daß es in der Stadt keine Notstandsarbeiten zu erledigen gäbe. Einige Anregungen der Parteipatentation, die im Rahmen der verfügbaren Mittel durchgeführt werden können, sind schon beschlossen worden.

Stadtrat Veisert berichtet über die Ausschussverhandlungen. Darin sind alle Fragen eingehend behandelt worden. Merseburg hat 201 Arbeitslose, mit den Angehörigen 400. Eine Unterbringung, wie sie gefordert wird, kann nicht gewährt werden, weil das Gesetz es verbietet. Redner tritt den Neuerungen entgegen, daß für die Arbeitslosen nichts geschaffen sei.

Stadtrat Bothe glaubt, daß mehr als bisher getan werden müßte. Er fragt an, ob es möglich sei, wenigstens für einen Teil der Arbeitslosen Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen. Man solle die Arbeitslosen tageweise unbeschäftigt arbeiten lassen.

Stadtrat Koenen beantragt für die Erwerbslosen 10 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen. Oberbürgermeister Burgog fragt nach der Bedingung, worauf Stadtrat Koenen auf Verhandlungen an der Weißenauer verweist, aus denen Gehör herausgeschlagen worden sei.

Er behauptet man wolle nichts für die Arbeitslosen tun und es fehle an dem guten Willen.



